Aktionen nach dem Anti-NPD-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt

Ratssitzung auf der Straße und Blockade mit Hilfe der Polizei

Damit hatten sie nicht gerechnet! Im Zusammenhang mit der Verhinderung des Einzugs der NPD in den Landtag wird in Sachsen-Anhalt deutlich: Breite und stabile Bündnisse verhindern auch zunehmend Aufmärsche der Neonazis.



Die Demo gegen Rechts in Halle: Kundgebung vor dem Maritim Hotel. Bild: Dagmar Freyberg-Schumann

Unter der Losung »Zukunft durch Arbeit – Fremdarbeiter stoppen« wollten Naziorganisationen am 1. Mai durch Halle marschieren und Rache für die Wahlniederlage zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt nehmen. Ein breites Bündnis »Halle gegen Rechts«, bestehend aus gesellschaftlichen Organisationen und Bürgern der Stadt Halle, haben gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) zum Protest aufgerufen. »Flagge zeigen« gegen Rechtsextremismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit, den Neonazis entschlossen und gemeinsam entgegen treten, ihre verlogene Demagogie entlarven, ihnen die Stadt nicht überlassen – das zeigte Erfolg und war gemeinsames Anliegen. Sowohl auf der zentralen Maikundgebung des DGB als auch durch zwei große Gegendemonstrationen mit Kundgebungen wurde den Neonazis gezeigt, dass sie in der Saalestadt nicht willkommen sind. Auf Plätzen und an Straßenkreuzungen wurden Flugblätter verteilt und Info-Stände aufgebaut. Fahrradstaffeln, Figuren-Tanzgruppen mit Trommeln sowie witzigen Texten auf selbstgefertigten Plakaten machten auf satirische Weise Nazi-Symbole lächerlich. Die Vielfalt und Kreativität besonders durch Schüler und Studenten war beachtlich. An der Johanneskirche hatte die Gemeinde zu einem »bunten Picknick statt brauner Soße« eingeladen. Überall waren zugleich auch unsere Symbole, Forderungen und Transparente – »NO NPD-Verbot jetzt!«, »Nie wieder Faschismus!«, »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!« – zu sehen. Jüngere und ältere Menschen ergriffen das Wort, distanzierten sich von den Neonazis.

Neu ist eine Erfahrung bei spontanen Blockaden: Mehrere hundert Gegendemonstranten saßen auf der Straße. Die Polizei ließ sie gewähren, nachdem das »Bündnis gegen Rechts« die Blockade als zusätzliche Demonstration angemeldet hatte. Der Nazi-Zug wurde so gestoppt.

Zustimmung erhielt Halles Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados als sie das Wort ergriff und den Neonazis ein »Haut ab! Ihr werdet es nicht schaffen, unseren Kindern und Enkelkindern eure Gesinnung aufzudrücken!« entgegen rief.

Mehrere Landesminister verliehen ebenfalls ihrer Meinung gegen die Neonazis Ausdruck. Mit dem Innenminister (CDU), der Justizministerin, dem Sozialminister und dem Kultusminister (alle SPD) war die Landesregierung von Sachsen-Anhalt stark vertreten.

Auch in Salzwedel gelang es den Neonazis nicht, den 8. Mai für sich zu instrumentalisieren. Sie wollten mit einem Umzug erklären, dass der 8. Mai nicht als »Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus«, sondern als »Tag der Schande und der Niederlage« darzustellen ist. Sie skandierten Sprüche wie »Nationaler Sozialismus – jetzt, jetzt, jetzt!« oder »Die Straße frei!« – der Anfang einer Strophe aus der Partei-Hymne der Faschisten. Aber auch Salzwedel setzte sich zur Wehr! Nachdem die Stadt den Aufmarsch im Vorfeld nicht verhindern konnte, berief die parteilose Bürgermeisterin, Sabine Danicke, kurzerhand eine außerordentliche Ratssitzung unter freiem Himmel ein. Sie mahnte, die jungen Leute noch mehr über die Gräueltaten des Faschismus zu informieren. CDU-Innenminister Holger Stahlknecht betonte die Bedeutung des 8. Mai 1945 als »Tag der Befreiung« und versprach: »Wir werden gemeinsam dafür kämpfen, dass in diesem Land der Rechtsradikalismus keine Chance bekommt!« In fast der gesamten Stadt fanden Info-Punkte, Stände, Gegenkundgebungen und Blockaden statt, so dass auch in Salzwedel der 8. Mai als ein gelungener Tag von Zivilcourage und antifaschistischem Bekenntnis gewertet werden konnte.

Manfred Humprecht

An der Universität Rostock

Hochschulgruppe der VVN-BdA gegründet

Mitglieder verschiedener Fakultäten der Universität Rostock gründeten eine neue VVN-BdA-Hochschulgruppe. Eng zusammenarbeiten und regelmäßig treffen will sie sich mit der Jugendorganisation der VVN-BdA Mecklenburg-Vorpommern. Erste Projekte sind geplant.

Nähere Informationen unter http://boju.blogsport.de/hochschulgruppe/. Für Interessierte besteht zudem die Möglichkeit, sich auch via E-Mail bei jugendmv@vvn-bda.de (Betreff »Hochschulgruppe HRO«) zu melden.

Bundesausschuss bearbeitete Anträge

VVN-BdA-Kongress beauftragte Gremium

Zwölf ursprünglich an den Bundeskongress der VVN-BdA gerichtete Anträge (davon zwei Initiativanträge) wurden von diesem zur Beratung und Beschlussfassung an den Bundesausschuss – dem höchstem Gremium zwischen den Bundeskongressen – überwiesen, weil der Bundeskongress wegen des Zeitablaufs nicht mehr in der Lage war, sich mit diesen Anträgen zu befassen.

Der Bundesausschuss (bestehend aus den Vertretungen der Landesverbände, Mitgliedsorganisationen und dem gewählten Sprecher/innenkreis) befasste sich am 21. Mai in seiner ersten Sitzung nach dem Bundeskongress intensiv mit diesen Anträgen – intensiver als dies dem Bundeskongress in der knappen Zeit möglich gewesen wäre.

Angenommen wurden die Anträge 3, 10, 12 und 17, sowie ein Initiativantrag, der als »Ergebnis der Diskussion auf dem 4. Bundeskongress« dazu auffordert, Rücklagen und Sparbücher der VVN-BdA »bei ethisch und ökologisch arbeitenden Banken« anzulegen.

Antrag 3 fordert das »Bleiberecht für Sinti und Roma in Deutschland und in anderen europäischen Ländern«. Ausgehend von der historischen Schuld Deutschlands für die beispiellose Verfolgung der Sinti und Roma während der Herrschaft des Faschismus habe gerade Deutschland die Aufgabe, den Sinti und Roma » statt Ausgrenzung und Abschiebung … einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland« zu sichern, »mit dem Ziel, sich als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft etablieren und für sich und ihre Kinder eine Lebensperspektive entwickeln zu können«.

Antrag 10 beauftragt die Gremien der VVN-BdA, die eigene Zeitschrift *antifa* weiter zu verbessern und neue Abonnenten zu gewinnen. Dazu dient die Zielsetzung, »alle Landesverbände und Mitgliedsorganisationen mit eigenen Seiten« am Länderteil der Zeitschrift zu beteiligen, eine Länderredaktion einzurichten, den regelmäßigen Erfahrungs- und Meinungsaustausch aller Beteiligten zu organisieren sowie ein neues Finanzierungsmodell zu entwickeln Mit Werbeaktionen soll die Gewinnung neuer Abonnenten erreicht werden.

Antrag 11, der eine grundlegende Veränderung des Layouts der Zeitschrift fordert, wurde als Arbeitsmaterial an den BA und an die Länderredaktionskonferenz überwiesen.

Mit der Annahme des Antrags 12 wird eine Arbeitsgruppe mit dem Aufbau eines Antifa-Wiki beauftragt. (Anmerkung: »Wiki« ist eine Art Enzyklopädie auf Webseiten, die nicht nur gelesen, sondern auch verändert werden können. Grundidee ist ein gemeinschaftliches Arbeiten an den Texten. Beim »Antifa-Wiki« ist an eine Sammlung insbesondere von antifaschistischen Biographien, aber auch von Dokumenten und Beiträgen für die geschichtspolitische Arbeit gedacht.)

Ebenfalls angenommen wurde der Antrag 17, künftig den Bundeskongressen über den Verlauf und die Ergebnisse der Arbeit mit den beschlossenen Anträge zu berichten.

Aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt wurden die Anträge 13, 14 und 15.

Antrag 13 der KV Frankfurt/Main fordert die Durchführung einer Arbeitstagung zum Thema Antifaschistische Bildung »in Kindergärten und Schulen beginnend«. Die Mehrheit des BA sah die VVN-BdA außerstande, ein solches Großprojekt anzugehen. Empfohlen wurde, die Machbarkeit auf regionaler Ebene zu prüfen.

Ebenfalls als nicht leistbar gesehen wurde die Forderung der KV Duisburg (Antrag 14), halbjährlich eine Übersicht und Einschätzung rechtsextremer Entwicklungen in allen EU-Ländern zu erstellen und zu veröffentlichen.

Nach eingehender und kontroverser Diskussion wurde bei nur drei Gegenstimmen und einer Enthaltung der Berliner Antrag 15 abgelehnt, der die Forderung enthält, »parallel zu den Beratungen des Bundesausschusses« Diskussionsforen einzurichten, dafür Mittel und Räume zur Verfügung zu stellen, die Mitglieder des Bundessprecher/innenkreises und des Bundesausschusses aber nicht als Teilnehmer zuzulassen. Wörtlich: »Teilnehmer/innen sollten nicht die anwesenden Bundessprecher/-innen und BA-Mitglieder, sondern interessierte Mitglieder der VVN-BdA sein.« Die Mehrheit lehnte das ab. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass der BA nach Notwendig- und Möglichkeit jederzeit Themendiskussionen durchführen kann und dies auch bereits getan hat.

Drei Anträge waren nicht beschlussfähig. Antrag 16, der einen zweijährigen Turnus der Bundeskongresse und dazwischen zweijährlich thematische Bundeskonferenzen fordert, konnte nicht behandelt werden, weil er nicht als satzungsändernder Antrag eingereicht worden war.

Antrag 18 verlangte, dass alle auf dem Bundeskongress nicht mehr behandelten Anträge zurückgezogen und binnen zwei Wochen neu an den BA gestellt werden müssten. Dies hatte sich durch die anderslautende Entscheidung des Bundeskongresses erledigt.

Nicht behandelbar war ein Initiativantrag, weil der Antragsinhalt (Unterstützung einer Denkmalsinitiative) bereits zur Zeit der ordentlichen Antragsfrist bekannt war und deshalb nicht einem Initiativantrag entsprach.

P.C. Walther



Die Nazis sagen, Dortmund sei ihre Stadt. Wir sagen: Niemals!

Zum 7. Mal in Folge wollen Neofaschisten anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Gemeinsam setzen wir ihnen unseren Widerstand und unsere Politik der Aufklärung und der internationalen Solidarität entgegen!

Kommt am 3.9. nach Dortmund! Beteiligt Euch an den Blockaden!

Neofa-Ausstellung
Aktuelle Termine und Bestellung



Die aktuellen Termine und Veranstaltungsorte der Ausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« wie immer unter:
http://neofa-ausstellung.vvn-bda.de/termine/

Dort findet sich auch die Adresse, wo die Ausstellung ausgeliehen werden kann.

VVN-BdA klagt gegen Freistaat Bayern

»VS-Bericht diffamiert Antifaschisten«

Über ihre Rechtsanwältin Angelika Lex hat die Landesvereinigung Bayern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist/innen (VVN-BdA) Klage gegen den Freistaat beim Bayerischen Verwaltungsgericht eingereicht.

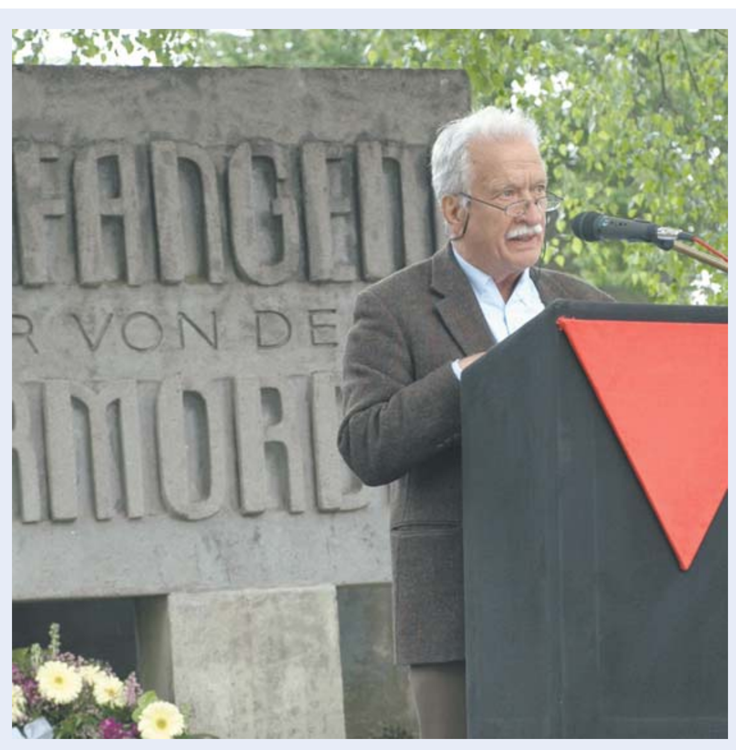
Die Klage bezieht sich auf die im derzeit aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundeslandes für das Jahr 2010 aufgeführten Passsagen zur VVN-BdA. Beantragt wird in der Klage, die Verbreitung des betreffenden VS-Berichtes zu unterlassen, wenn nicht zuvor die Passagen, die sich auf die VVN-BdA beziehen, unkenntlich gemacht werden.

In einem zweiseitigen Informationsblatt, das vor allem auf die Diskriminierung ehemaliger Verfolgter des Naziregimes in Bayern eingeht, wendet sich die VVN-BdA an die Öffentlichkeit. Darin heißt es unter anderem:

»Es hat wahrlich gereicht, was das Bayerische Innenministerium in den letzten Jahren unter ›Verfassungsschutz‹ verstanden hat: Die Ausgrenzung antifaschistischer Organisationen wie AIDA oder VVN-BdA, die Ausgrenzung der Islamischen Gemeinde Penzberg (die sich besondere Verdienste um die Integration erworben hat) … Nun aber geht das Innenministerium im neuesten Verfassungsschutzbericht einen Schritt weiter, indem es ehemalige Naziverfolgte persönlich diffamiert. Eingerahmt von absurden Behauptungen über den ›maßgeblichen … Einfluss von Linksextremisten‹ in der VVN und einem ›Schulterschluss mit gewaltorientierten autonomen Gruppen‹ steht der Satz: ›Über den bayerischen Landessprecher der VVN-BdA, Ernst Grube, beispielsweise sind Verbindungen zur DKP und zu autonomen Gruppen bekannt‹. Weitere Erläuterungen oder gar Belege werden nicht gegeben – wozu auch, geht es doch den Verfassern nur darum, Ernst Grube in die Nähe von sog. ›Linksextremisten‹ und Gewalt zu rücken.

Die Diffamierung betrifft aber nicht nur Ernst Grube, sondern letztlich alle Überlebenden des Naziterrors, die in und mit der VVN-BdA für die Erinnerung und gegen neue Nazipropaganda gewirkt haben und sich bis heute engagieren. Besonders bezeichnend ist die Formulierung im Verfassungsschutzbericht 2009: ›Öffentliche Zeitzeugenauftritte von früheren KZ-Häftlingen sollen der Organisation darüber hinaus‹ (neben dem Engagement für ein NPD-Verbot, d. V.) ›einen demokratischen Anstrich verleihen‹. Mit diesem Satz werden ehemalige Häftlinge entweder als gutgläubige, von finsteren VVN-Mächten instrumentalisierte Opfer hingestellt – oder deren Engagement gegen alte und neue Nazis wird als rein taktisches Manöver gewertet. Beides ist gleichermaßen empörend.«

»Tatsachen freilich«, heißt es in dem Infoblatt weiter, »welche die Absurdität dieser Diffamierungen zeigen würden, werden bewusst verschwiegen: Dass Ernst Grube als Kind einer jüdischen Mutter nur mit viel Glück die Deportation ins KZ Theresienstadt überlebt hat; dass Ernst Grube stellvertretender Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau ist und das Vertrauen der noch lebenden Häftlinge genießt; dass er in dieser Funktion seit Jahren auch mit Vertretern der Bayerischen Staatsregierung vertrauensvoll zusammenarbeitet und von der Landtagspräsidentin wiederholt in den Bayerischen Landtag eingeladen wurde; dass er fast tagtäglich in Schulen willkommen ist, um Jugendliche über die Schrecken der Naziherrschaft aufzuklären; dass er in seiner Heimatstadt München mit der Medaille ›München leuchtet‹ geehrt wurde.«



Ernst Grube am 1. Mai bei der Gedenkfeier für die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen am ehemaligen SS-Schießplatz Hebertshausen/Dachau. Der heute 78-jährige Sprecher der VVN-BdA Bayern hat nur mit Glück die Deportation ins KZ Theresienstadt überlebt. Stellvertretend für alle Zeitzeugen des NS-Terrors wehrt er sich nun gegen Diffamierungen durch den Verfassungsschutz. Bild: Schultz

Hingewiesen wird auf zwei weitere bayerische VVN-Mitglieder, die zwar nicht namentlich im VS-Bericht genannt werden, aber dennoch gemeint sind: »So werden damit beispielsweise auch die KZ-Überlebenden Martin Löwenberg und Hugo Höllenreiner diffamiert, die bis heute unermüdlich unterwegs sind, um gerade Jugendlichen von den faschistischen Verbrechen zu erzählen. (…) Der 1925 in einer Breslauer jüdischen Familie geborene Martin Löwenberg musste u. a. in den KZ Flossenbürg und Leitmeritz Zwangsarbeit leisten; er ist heute Mitglied des Landesvorstands der VVN. Hugo Höllenreiner wurde als 9-jähriger Münchner Sinto mit seiner Familie in die KZ Auschwitz-Birkenau, Ravensbrück, Mauthausen und Bergen-Belsen verschleppt; er lebt heute in Ingolstadt.«

Auch sie seien vielfach geehrt und von Repräsentanten des Freistaats immer wieder zu Gedenkfeiern eingeladen worden. Gleichzeitig aber würden sie und ihre Organisation, die VVN-BdA, im VS-Bericht als »extremistisch« ausgegrenzt: »Besonders empörend ist dabei, wenn gerade den Überlebenden des Naziterrors heute Gewaltbereitschaft oder die Tolerierung von Gewalt unterstellt wird.«

Die VVN-BdA Bayern will es nicht beim juristischen Vorgehen belassen, sondern daneben mit weiteren Veröffentlichungen und Veranstaltungen über ihre konkrete Arbeit vor Ort und im gesamten Freistaat informieren und den behördlichen Diffamierungen entgegentreten.

Stimmen gegen die Diffamierung von VVN-BdA und Ernst Grube

Zeichen der Solidarität

Gegen die Diskreditierung der VVN-BdA, den Angriff auf die Gemeinnützigkeit der Organisation und die namentliche Nennung ihres Landessprechers Ernst Grube im jüngsten VS-Bericht erhebt sich zunehmend Protest.

Unter der Überschrift »Stigma Verfassungsfeind. Innenminister stuft Naziopfer als Linksextremisten ein« widmet sich Anfang Juni die Süddeutsche Zeitung dem Thema:

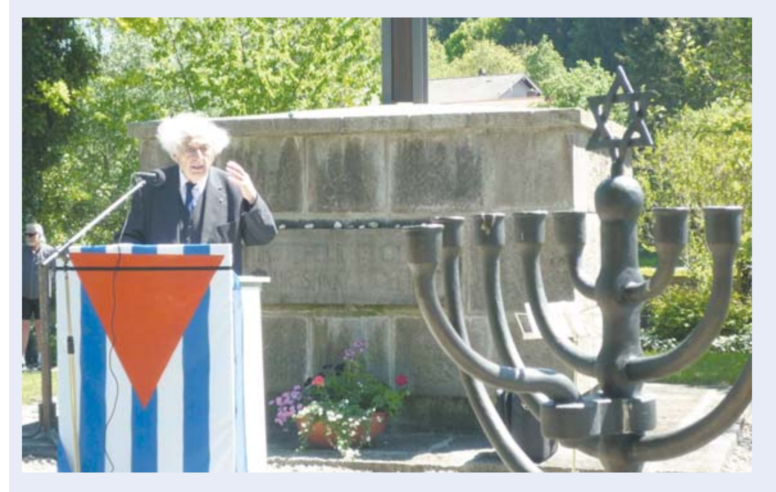
(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

»Der Zeitzeuge hat Hochkonjunktur, vielleicht auch, weil er, wie einer ironisch anmerkte, einer aussterbenden Spezies angehört. 50 lange Jahre hat es gedauert, bis ein bayerischer Ministerpräsident 1995 eine Gedenkfeier an der KZ-Gedenkstätte Dachau besuchte. Heute umarmt die Politik geradezu die Überlebenden des Naziterrors. Empfänge im Landtag, Bundesverdienstkreuze, gemeinsame Auftritte – einer, der das alles gut kennt, ist der Münchner Ernst Grube. Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) posiert gerne mit dem 78-Jährigen für Fotos. Einträchtig sitzt der CSU-Landtagsabgeordnete Karl Freller, Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, mit Grube beim Fernsehgottesdienst in der Evangelischen Versöhnungskirche zusammen: Nur Parteifreund Joachim Herrmann (CSU), Bayerns Innenminister, hat ein Problem mit dem Zeitzeugen.«

Wörtlich heißt es weiter: »Die Attacke auf Grube empfinden KZ-Überlebende als Diffamierung: Max Mannheimer, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau, stellt sich vor seinen Stellvertreter: ›Schluss mit der Diskriminierung der VVN‹, fordert er.«

»Seit Jahren beobachten die Verfassungsschützer das Antifaschistische Dokumentationsarchiv Aida und die VVN mit ihren rund 700 Mitgliedern. Als Ergebnis ist ihnen die Gemeinnützigkeit gestrichen worden. Erste VVN-Gruppen wurden bereits 1946 gegründet. ›Wir politischen Gefangenen – die Vorhut der deutschen Demokratie‹, formulierten KZ-Überlebende und verpflichteten sich zur Gewaltfreiheit. Mitglieder wie Grube kämpften gegen Altnazis, die wieder zu Amt und Würden gekommen waren. Staatliche Versuche, sie zum Schweigen zu bringen, endeten in mancher Peinlichkeit. In Bayern sucht man noch heute fleißig Belastendes gegen die VVN – findet aber nichts.«



Max Mannheimer am 8. Mai 2011 als Redner bei der von der VVN-BdA Traunstein jedes Jahr veranstalteten Gedenkfeier für 61 meist jüdische KZ-Häftlinge, die bei einem Todesmarsch nahe der Ortschaft Surberg von der SS erschossen wurden.

Bild: Friedbert Mühldorfer

Ein General mit Tradition

Der Namenspatron der Bad Reichenhaller Skandalkaserne

Der Skandal um Kinder-Schießübungen auf das Spielzeugdorf »Klein-Mitrovica« bei Tag der offenen Tür der Gebirgsjägertruppe in Bad Reichenhall ging in den letzten Wochen bundesweit durch die Presse. »Aber keine Redaktion«, stand unlängst in einem Leserbrief in der SZ, »machte sich die Mühe, auch herauszufinden, wer sich hinter dem traditionswürdigen Kasernenpatron von Bad Reichenhall verbirgt.«

Verfasst hatte den Brief der Sprecher der »Initiative gegen falsche Glorie«, Jakob Knab aus Kaufbeuren, der bereits im Vorfeld der Gebirgsjäger-Veranstaltung in einer Presseerklärung Ausführlicheres zu General Konrad, nach dem die Kaserne benannt ist, zu berichten wusste. Hier einige Auszüge:



Recht eindeutige Uniformen und Symbole am Wandbild der General-Konrad-Kaserne. Bild: rabatz-bündnis

»Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlers Wehrmacht die Sowjetunion. An vorderster Front kämpften die Gebirgsjäger von General Rudolf Konrad (1891 – 1964). … Zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1942 versammelte sich Konrads Korpsstab in der ostukrainischen Industriestadt Tschistjakowo zu einer Feierstunde: ›Es war das Feldherrngenie des Führers‹, wurde Hitler aus der Ferne angehimmelt, ›welches die deutschen Heere von Sieg zu Sieg eilen ließ. Sein Verdienst war es, das Eindringen der bolschewistischen Horden nach Europa im richtigen Augenblick zu erkennen und den Stoß blitzschnell zu parieren.‹

General Rudolf Konrad war von der Notwendigkeit der ideologischen Gleichschaltung überzeugt; ab April 1943 wurden u.a. diese Themen der wehrgeistigen Führung vorgegeben: ›Die Juden sind unser Unglück‹ sowie ›Kampf gegen den Weltfeind – das Judentum‹.

Von Ende 1941 bis Anfang 1944 war die Krim von den Deutschen besetzt. Auf der Krim wurde die ›sofortige Lösung der Judenfrage‹ gefordert. Partisanen machten der Truppe hier, auch im Befehlsbereich der Gruppe Konrad, seit Ende Oktober 1943 schwer zu schaffen. Konrad schlug gnadenlos zurück, ließ ganze Ortschaften südlich der Linie Karassubasar–Suja in Grund und Boden bombardieren. … Der General zählt zu den Tätern des Vernichtungskrieges.«

Wir gratulieren …

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli
Anne Fischbach, München, 80 Jahre; Reinhard Möller, Tröstau, 60 Jahre.

August
Hilde Faul-Gerber, Nürnberg, 96 Jahre; Erich Schreier, Röthenbach, 82 Jahre; Dagmar Giebel, Nürnberg, 80 Jahre; Ernst Antoni, München, 65 Jahre; Gerhard Hartmann, Rednitzhembach, 65 Jahre; Peter Lehner, Sulzbach-Rosenberg, 60 Jahre.

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 531786
Fax: (089) 5389464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Braunschweig verhindert Nazi-Aufmarsch

Gewerkschaften, Kirchen und Verbände zeigen: »Bunt stoppt braun!«

Schon seit einem Jahr war bekannt, dass die Nazis am Samstag, den 4. Juni 2011 unter dem Motto »Tag der deutschen Zukunft« in Braunschweig, ein »Zeichen gegen Überfremdung« setzen und durch die Innenstadt marschieren wollten.

Besondere Empörung hatten die Pläne der Nazis auch deshalb hervorgerufen, weil an diesem Samstag das traditionelle Fest »Braunschweig International« auf dem Kohlmarkt stattfinden würde, an dem sich die ausländischen Vereine der Stadt mit Informations- und Essensständen und großem Kulturprogramm präsentierten.

Nachdem die Nazis bis vors Bundesverfassungsgericht geklagt hatten, wurde ihnen eine Kundgebung von 12 bis 15 Uhr am Bahnhof in Braunschweig erlaubt. Möglich war die Durchführung aber nur aufgrund eines gewaltigen Polizeiaufgebots (über 5000 Polizistinnen und Polizisten u.a. aus NRW und Berlin waren im Einsatz). Mehrere Tausend GegendemonstrantInnen waren auf den Beinen. Ab 10 Uhr fanden in unmittelbarer Nähe zum Braunschweiger Hauptbahnhof eine Kundgebung des Bündnisses »Bunt stoppt Braun«, in dem u.a. die Gewerkschaften, Kirchen, die Jüdische Gemeinde, Geschäftsleute der Innenstadt, große Braunschweiger Betriebe wie u.a. Volkswagen, die IHK und der Arbeitgeberverband zusammen arbeiteten, auf dem Berliner Platz und eine Zweite des seit Mitte der 1990er-Jahre ständig arbeitenden Bündnisses gegen Rechts am Schilldenkmal statt, an denen sich insgesamt über 5000 Menschen beteiligten. Redner auf der »Bunt stoppt Braun«-Kundgebung war – neben den Vertretern der Kirchen und dem DGB-Regionsvorsitzenden Michael Kleber u.a. – auch Sally Perel aus Israel, der die NS-Zeit als »Hitlerjunge Salomon« im VW-Werk Braunschweig überlebt hatte. Er übergab als Mitglied der israelischen Friedensbewegung eine – symbolische – Fackel für den Frieden und rief: »Seid wachsam, nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg.« Sally Perel ist 1925 in Peine geboren und er war sehr empört darüber, dass seine Heimatstadt den Nazis den Aufmarsch ohne Gegenwehr genehmigt hatte, wörtlich: »Ich schäme mich für meine Heimatstadt Peine.«



Demonstrationszug durch Braunschweig. Bild: Stefan Hölzer

Gegen 12 Uhr zog die Demonstration des Bunt stoppt Braun-Bündnisses mit massiver Polizeitbegleitung in die Braunschweiger Innenstadt, während über 500 Personen am Bahnhof blieben, um dort die Hetzreden der ungefähr 500 Nazis, weniger als ursprünglich erwartet, durch lautstarke eigene Beiträge zu übertönen. Da die Polizei den Nazi-Kundgebungsplatz schon seit dem frühen Morgen weiträumig abgesperrt hatte, scheiterten alle Versuche, dichter heran zu kommen. So wurde massiv verhindert, dass die GegendemonstrantInnen den Nazis zeigen konnten, dass sie hier nicht erwünscht sind.

Im Anschluss fuhren die Nazis weiter nach Peine, um dort noch einen Aufmarsch durchzuführen, den sie im Vorfeld bei der Stadtverwaltung Peine angemeldet und genehmigt bekommen hatten.

Vielen Protestierenden in Braunschweig war es jedoch nicht genug, sich nur in Braunschweig gegen die Nazis zu engagieren. Daher machten sich ab etwa 13 Uhr viele Menschen auf den Weg nach Peine.

Der 4. Juni hat mal wieder gezeigt, dass Naziaufmärsche nur statt finden können, wenn sie durch

(Fortsetzung auf Seite 6)

Braunschweiger Nazis weichen auf Fuhsestadt aus

Erschreckendes aus Peine

Erschreckende Szenen gab es am 4. Juni in Peine: 600 Neonazis, flankiert von über 2500 Polizisten, zogen durch die beschauliche Kleinstadt.

Sie kamen aus Braunschweig, wo ihnen nur eine Kundgebung am Bahnhof genehmigt worden war. Die Peiner Verwaltung erklärte, dass es »aus juristischer Sicht« keine Handhabe für ein Verbot gegeben hätte. Den Antrag für den Aufmarsch hatte eine nicht vorbestrafte Frau eingereicht, die zwar Mitglied der NPD ist, doch die sei ja nicht verboten. Ganz anders sei hier auch das Motto der Rechtsextremen, für ein »Demonstrationsrecht ohne Einschränkungen«.

Dieser legalistischen Argumentation muss politisch begegnet werden. Schon der Hinweis auf die NPD-Mitgliedschaft hätte gereicht, um die Demo zu verbieten, da die NPD eine menschenverachtende Politik vertritt. Auch mögliche Zwischenfälle müssen einbezogen werden. Dazu kann das niedersächsische Versammlungsgesetz herangezogen werden. So kann nach § 8 »eine Versammlung verboten werden, wenn die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft gebilligt, verherrlicht, gerechtfertigt oder verharmlost wird«. So bleibt der Eindruck in der Öffentlichkeit: In Braunschweig wurde die Demo verboten, in Peine erlaubt.

Positiv ist, dass sich innerhalb kurzer Zeit ein Bündnis von CDU bis LINKE, den Gewerkschaften, den Kirchen und vielen weiteren gebildet hatte. Auf einer Kundgebung auf dem Marktplatz gaben Vertreter dieser Gruppen Statements ab und betonten: Neonazis haben in Peine nichts zu suchen. Im Hintergrund prangte das Transparent: »Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen.«

Nun muss alles getan werden, damit die Aufmärsche in der Fuhsestadt nicht zur Regel werden.

Peter Baumeister

In Peiner Herzberg:

Schüler gestalten Tag der Befreiung

Bereits zum zweiten Mal haben Schülerinnen und Schüler der Bodenstedt-/Wilhelmschule mit ihren Lehrerinnen Ulrike Klein und Nicole Vopel den »Tag der Befreiung« im Peiner Herzberg gestaltet.

In diesem Jahr feierten sie wegen des Sonntags allerdings erst am 9. Mai. Organisiert wurde die Veranstaltung von der VVN-BdA und dem Peiner Bündnis für Zivilcourage und Toleranz. Mit 60 Personen war sie gut besucht, zu den Gästen zählten auch die stellvertretenden Landräte Rolf Ahlers und Eva Schlaugat sowie der Landtagsabgeordnete Matthias Möhle.

Dieses Mal hatten sich die Schülerinnen und Schüler, darunter viele mit Migrationshintergrund, des Themas »Zwangsarbeit« angenommen. Sie stellten die Situation und das unwürdige Leben dar und wiesen besonders auf Einzelschicksale hin. Dabei machten sie deutlich, dass Zwangsarbeit nicht irgendwo, sondern mitten in Peine stattgefunden hat. Die Angst wurde deutlich, die täglicher Begleiter war und die kargen Mahlzeiten bei schwerer Arbeit. Aber es gab auch Solidarität von deutschen Genossen, wie es ein sowjetischer Zwangsarbeiter in einem Brief mitteilte.

Zuvor hatte der Kreisvorsitzende der Peiner VVN-BdA, Peter Baumeister, darauf hingewiesen, dass es immer weniger Zeitzeugen gibt und dass es auf die Anwesenden ankommt, die Botschaft, insbesondere auch der Rede von Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985, weiterzutragen. Er setzte sich für einen Stopp der militärischen Intervention in Libyen ein und forderte den Abzug der Nato-Truppen aus Afghanistan.

Musikalisch umrahmt wurde diese Feierstunde von Klaus Perger, ebenfalls Lehrer an der Bodenstedt-/Wilhelmschule. Wolf Biermanns Lied »Soldat, Soldat« und das Soldatenlied aus dem 18. Jahrhundert »Wo soll ich mich hin wenden« waren eine würdige Begleitung. Zum Schluss legten Vertreter von Landkreis, Stadt, Parteien und Verbänden Kränze und Gestecke nieder.

Peter Baumeister

Antifaschisten der Deisterregion feiern Befreiung in Wennigsen

VVN-BdA und DGB begingen Fest der Demokratie am 8. Mai

Auch in diesem Jahr nahmen die VVN-BdA und das Wennigser DGB-Ortskartell den Tag der Befreiung zum Anlass, eine Gedenkveranstaltung mit einem Fest der Demokratie zu verbinden.



Hochkarätige Referenten, interessante Diskussionen und Musik der Arbeiterbewegung bot das zweite Wenningser Befreiungsfest seinen Gästen.

Bild: rah

Mit dem emeritierten Politikprofessor Joachim Perels war es gelungen, einen über alle Parteigrenzen hinweg anerkannten Wissenschaftler als Hauptredner zu gewinnen. Seine Ansprache, in der Perels am Beispiel der Justiz für jedermann deutlich machte, dass es nach 1945 keine Stunde Null gegeben hatte, sondern dass schon bald wieder NS-belastete Juristen in Amt und Würden waren, wurde von rund 50 Teilnehmenden aufmerksam verfolgt. Manche der von ihm berichteten Fakten, zum Teil bereits aus den 1980er-Jahren, riefen offen Empörung hervor. Wie sehr der Redner den »Nerv der Zuhörer« getroffen hatte, zeigte sich an der regen Diskussion.

Anschließend sprach der SPD-Landtagsabgeordnete Heiner Aller, der in seinem Grußbeitrag auf die von ihm als gefährlich eingeschätzte Rechtsentwicklung in ganz Europa hinwies. Zu recht beklagte er, dass zur Zeit lediglich vier europäische Staaten nicht von »rechten« Parteien regiert würden, wobei er insbesondere auf autoritäre Regierungen wie in Ungarn und Italien hinwies und diese als Gefahr für ein demokratisches Europa bezeichnete.

Die Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg wurde dann mit dem gemeinsamen Singen des Moorsoldatenlieds und einer Kranzniederlegung abgeschlossen.

Beim Fest der Demokratie nahm die Teilnehmerzahl dann allerdings ein wenig ab. Bei herrlichem Sommerwetter eröffnete der Regionsabgeordnete der Linken, Stefan Müller, das Fest der Demokratie mit einer kurzen Ansprache. Er bedauerte, wie auch Heiner Aller, dass der 8. Mai als wichtiger Gedenktag viel zu selten begangen würde und forderte, dass sich mehr Städte und Gemeinden ein Beispiel an Wennigsen nehmen sollten. »Wenn das so wäre, dann sehe unsere Gesellschaft viel besser aus«, sagte er unter dem Beifall der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

An Infotischen der VVN-BdA, der LINKEN, des Bündnisses »Barsinghausen ist bunt« sowie von Amnesty International kam es zu interessanten Gesprächen. Parallel dazu lauschte man den Liedern, die von Michael Pöllath und Hartmut Rahmer vorgetragen wurden. Neben klassischen Arbeiterliedern, wie z.B. dem Solidaritätslied oder dem amerikanischen Gewerkschaftssong »16 Tons«, spielten die Musiker auch Lieder von Hannes Wader, Georg Danzer, den Bots und den Schmetterlingen.

Zumindest einigen Zuhörern gefiel es so gut, dass sie mit ans Mikrophon traten und kräftig mitsangen. Alles in allem war es eine rundweg gelungene Veranstaltung, die aber durchaus noch steigerungsfähig und -würdig sei, wie die Veranstalter zum Schluss bemerkten. Daran wollen sie wirken.

Hartmut Rahmer

Artikel für die antifa-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Redaktion:
Michael Rose-Gille

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung!

Spendenkonto:
Kontonr. 7510-307
Postbank Hannover
BLZ 250 100 30
Vielen Dank!

(Fortsetzung von Seite 5)

ein großes und massiv auftretendes Polizeiaufgebot geschützt werden. Es ist jedoch ein großer Erfolg der Mobilisierung der Braunschweiger Bündnisse, dass der Widerstand gegen den Naziaufmarsch so viele Menschen sowohl in Braunschweig als auch in Peine auf die Straße brachte.

Auch in Zukunft wird das Bündnis gegen Rechts aktiv gegen Naziaktivitäten vorgehen. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass das Vorgehen der Nazis wie in Braunschweig Schule machen könnte, nämlich, dass sie in einer Stadt einen Aufmarsch anmelden und ihn juristisch durchkämpfen, aber wenn er nur eingeschränkt möglich ist oder verhindert wird, sie gleichzeitig auf Nachbarstädte ausweichen.

Stefan Hölzer

Gratulation zum »Band für Mut und Verständigung 2011«

Zehn Jahre »Berliner Beratungsteams gegen Rechtsextremismus«

Das Bündnis der Vernunft hat am 8. Juni in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit und der Vorsitzenden des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, das »Band für Mut und Verständigung« zum 18. Mal an Gruppen und Einzelpersonen in Berlin und Brandenburg verliehen.

Außerdem wurde im Rahmen der Veranstaltung im Wappensaal des Berliner Rathauses das Engagement der drei Berliner Beratungsteams »Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus« (MBR), »Ostkreuz« und »ReachOut«, die in diesem Jahr ihr zehnjähriges Jubiläum begehen, gewürdigt.

Besonders haben wir uns gefreut, dass Dirk Stegemann, aktiver Mitstreiter unseres Verbandes, für seine unermüdliche Arbeit geehrt wurde: Für den »Zug der Erinnerung in Berlin«, für seinen Beitrag zur Aufstellung der Kindertransportskulptur am U-Bhf. Friedrichstraße, für das von ihm begründete Bündnis »Rechtspopulismus stoppen« und für seine Aktivitäten im Arbeitskreis »Marginalisierte – gestern und heute«, der sich für ein würdiges Gedenken an »Asoziale«, über Jahrzehnte ausgegrenzte Opfer des Naziregimes, einsetzt.



Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (l.) zeichnete am 8. Juni Dirk Stegemann für sein Engagement mit dem »Band für Mut und Verständigung« aus. Bild: Kappa-Photo

Dirk betonte in seiner mit viel Beifall begleiteten Rede, dass er den Preis stellvertretend für alle annehme, die sich couragiert gegen Geschichtsrevisionismus, Nazismus und Rassismus einmischen. Ausdrücklich nannte er die beteiligten Antifa-Gruppen, die »von der Politik und medial gerne kriminalisiert werden«. Insbesondere dank ihnen und der Berliner VVN-BdA konnte ca. 50 000 Berliner/innen deutsche Geschichte aus der dunkelsten Zeit eindringlich nahe gebracht werden.

Mit dem »Zug der Erinnerung« habe sich auch der Vorstand der Deutschen Bahn AG in das öffentliche Gedächtnis eingeschrieben: »Nicht alleine als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn und Mitprofiteurin an den Deportationen von Millionen Menschen in Konzentrationslager. Auch als Institution, die bis zum Schluss versuchte, die Initiative zu blockieren. Leider wollten es sich auch viele Politiker/innen nicht mit dem Deutsche-Bahn-Vorstand verderben. Zu eng geknüpft waren oder sind da wohl die Netze gegenseitiger Abhängigkeiten.«

Dirk erinnerte an die Menschen, die vor 70 Jahren deportiert und auf vielfältigste Weise ermordet wurden, ihr Leben galt als »unwert« oder als »asozial«. Wenn heute aus Dummheit oder Instinktlosigkeit von »Unnützen«, »Überflüssigen«, »Nichtverwertbaren«, »Unerwünschten« oder sogar immer noch von »Asozialen« gesprochen werde, dann komme das leider nicht alleine vom vermeintlich rechten Rand dieser Gesellschaft. Es würden nur selten die Ursachen sozialer Ausgrenzung analysiert und beseitigt, sondern oftmals die Betroffenen dieser Ausgrenzung zur Ursache und zum Problem gesellschaftlicher Fehlentwicklungen gemacht. Dann wandte sich Dirk an den Regierenden Bürgermeister: »Dazu hat auch Ihr Parteikollege Thilo Sarrazin maßgeblich beigetragen und ist auch in der etablierten Politik durchaus auf offene Ohren gestoßen.« Dies sei ein guter Nährboden für Rechtspopulist/innen, die in ganz Europa auf dem Vormarsch sind und sich auch in Berlin etablieren wollen. Die Politik sei gegen diese geistigen Brandstifter/innen leider vielfach keine große Hilfe, wenn nicht gar Teil des Problems. Und genau hier treffe sich der »Zug der Erinnerung« mit dem Bündnis »Rechtspopulismus stoppen«. Die Verbindung seien die Stigmatisierten und Ausgegrenzten, die Sündenböcke und die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die dahinter stehen. Es seien die Kontinuitäten und Brüche, über die aufgeklärt werden soll. Dies könne aber nur dann geschehen, wenn authentische Orte des Erinnerns, Gedenkens, Forschens und Lernens erhalten werden.

Zum Schluss wandte sich der Ausgezeichnete mit der Bitte an alle, besonders aber an den Regierenden Bürgermeister, mitzuhelfen, die Privatisierung des früheren Friedhofsgeländes der ehemaligen Arbeitshäuser Rummelsburg (Berlin-Lichtenberg) zu stoppen und diesen Ort als geschichtsträchtiges Zeugnis des Umgangs mit sozialer Ausgrenzung zu erhalten und zu nutzen. Die Arbeitshäuser waren seit 1879 u. a. Bestrafungsinstitution für Bettelei und in der Nazi-Zeit Sammel- und Verwahrstelle für »Asoziale«, die von dort in die Konzentrationslager deportiert wurden. Die VVN-BdA Berlin unterstützt diese Forderung und dankt Dirk Stegemann für sein vielseitiges Engagement. **Hans Coppi**

Die ganze Rede unter: http://berlin.vvn-bda.org/?p=1730

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

Antifa-Jour Fixe

Montag, 18. Juli

Reinhard Strecker: Ungesühnte Nazijustiz – Eine Ausstellung 1959

Der Sprachwissenschaftler Reinhard Strecker deckte bereits in den späten fünfziger Jahren die NS-Vergangenheit von vielen westdeutschen Richtern auf. Die mit Unterstützung aus Polen und England erarbeitete Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« war eine der ersten Aktionen, mit denen Studierende über die NS-Zeit aufklärten.

Die Ausstellung wurde als Tabubruch empfunden. Rechtspolitiker aller Parteien verwahrten sich gegen den Angriff auf die Richter. Rasch kam der Vorwurf, es handele sich um gefälschtes Material und die linken Studenten betrieben »das Geschäft Pankows«. Die SPD distanzierte sich nicht nur rasch von der kontroversen Aktion des SDS, sondern schloss die beteiligten Studierenden aus der Partei aus.

… immer am 3. Montag, ab 18.30 Uhr, immer im Café Sibylle.
Karl-Marx-Allee 72, Berlin (U 5 zw. Strausberger Platz und Weberwiese)

Russisch für Antifaschist/innen

Berliner VVN-BdA feierte Befreiung vom Faschismus

»Wer nicht feiert hat verloren!« – das war auch in diesem Jahr das Motto der fröhlichen Feier zum traditionellen Tag des Sieges über den Faschismus und zum Dank an die Befreier/innen am 9. Mai im Treptower Park.

Für Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, die jetzt in Berlin leben und Berliner Antifaschist/innen ist das Fest der Berliner VVN-BdA in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen und äußerst beliebten Ereignis geworden. Schon eine Stunde vor Beginn war der Kuchenstand umlagert, und Bedenken, an einem Wochentag würden doch weniger Besucher/innen kommen, zerstreut.

Punkt 15 Uhr betrat Hanna Podymachina die Bühne. Sie hatte als Kind Deutschland gen Sowjetunion verlassen und war 1945 als Befreierin und Oberleutnant der Sowjetarmee nach Deutschland zurückgekehrt. Sie erzählte von ihrer Jugend in der Sowjetunion, natürlich in Russisch.

Werner Knapp, der als Soldat der tschechoslowakischen Auslandsarmee gegen die Nazis gekämpft hat, erinnerte die anwesenden Antifaschist/innen an ihre Verantwortung: das breite Bündnis von Antifaschist/innen und Demokrat/innen sei die notwendige und legitime Nachfolgerin der Kämpfer/innen der Anti-Hitler-Koalition. Er wurde natürlich ins Russische übersetzt.



8. Mai: Gina Pietsch singt zu Ehren der Rotarmisten. Bild: Jutta Harnisch

Nebenan tobten Kinder beim Kinderfest, die Neofa-Ausstellung fand viel Interesse, der VVN-BdA-Stand war umlagert, wenn auch nicht ganz so stark wie die Getränkestände, was aber sicherlich dem wunderschönen warmen Frühlingswetter geschuldet war. Über 2000 Besucher/innen, Kinder, Jugendliche, Erwachsene und nicht mehr ganz so junge Menschen lauschten bei Kaffee und Bier, Schaschlik und Borschtsch Berliner Bands, picknickten auf der Wiese oder nahmen an einer Führung zum sowjetischen Ehrenmal teil. Gegen 20 Uhr tanzte der ganze Platz und sang lauthals bei den Partisanen vom Amur mit.

Wiederum zeigt sich, wie wichtig es ist, zu den Menschen hinzugehen und gemeinsam mit ihnen zu feiern. Die Musiker/innen bringen ihre Familien und Freunde mit, junge und ältere Menschen verabreden sich zu einem schönen gemeinsamen Nachmittag und Abend – das ist antifaschistische Arbeit, die Spaß bereitet, Brücke baut und Gemeinsamkeiten schafft.

Bereits am 8. Mai fand die Gedenkveranstaltung des Bundes der Antifaschisten Treptow im sowjetischen Ehrenmal statt. Viele kamen, legten Blumen an der Mutter Heimat nieder und gedachten der Rotarmisten, die bei der Befreiung Berlins gefallen waren. Vertreter der russischen und belorussischen Botschaft bedankten sich mit bewegenden Worten bei den Berliner Antifaschisten, die seit 1990 zu dieser Ehrung einladen. Das Gedenken an die Rotarmisten, die ihr Leben für die Befreiung der Welt vom Hitlerfaschismus gaben, und an die Millionen Opfer des deutschen Vernichtungskrieges sei im kollektiven Gedächtnis ihrer Völker tief verankert.

Hans Coppi versicherte für die Berliner VVN-BdA, dass für die Geschichte des 20. Jahrhunderts der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus ein einzigartiges und zugleich aktuelles Denkzeichen bleibt. Die TeilnehmerInnen waren empört, dass 66 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation neonazistische und rassistische Parteien wie die NPD als wählbar gelten und danach streben, 2011 erneut in deutsche Parlamente einzuziehen und versicherten: Das werden wir nicht zulassen!

Viel Beifall für ihre beeindruckenden Lieder erhielten Gina Pietsch und ihr Begleiter Uwe Streibel.

»Schule ohne Militär« – give peace a chance!

Robert-Blum-Gymnasium gegen militärische Konfliktlösung

In den letzten Jahren beteiligte sich die Berliner VVN-BdA an Protesten gegen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen. Bereits im Mai 2009 hatte sich die Gesamtschülerversammlung und die Elternvertretung der Hans-und Hilde-Coppi-Oberschule in Karlshorst gegen Berufsberatung durch das Militär ausgesprochen.

Diese klare Entscheidung führte dazu, dass die eingeladenen Jugendoffiziere von der Direktorin wieder ausgeladen wurden. Jedoch treten nach wie vor gut geschulte Offiziere im Rahmen des Politikunterrichts, in den letzten vier Jahren an einem Drittel der Berliner Schulen, auf und werben nunmehr für einen freiwilligen Dienst in der Bundeswehr. Unaufgefordert schickt die Bundeswehr Werbematerial an Schulen.

Das könnte sich ändern, wenn das Schöneberger Beispiel »Schule« machen sollte. Die Schulkonferenz des Robert-Blum-Gymnasiums hat sich mit sieben zu einer Stimme zur »Schule ohne Militär« erklärt. Jugendoffiziere der Bundeswehr dürfen, berichtete die Berliner Zeitung, nicht mehr in den Unterricht eingeladen werden, Werbung für Praktika oder Ausbildungsgänge bei der Bundeswehr sind am Robert-Blum-Gymnasium künftig ebenso untersagt wie Veranstaltungen mit eigens geschulten Beratungsoffizieren. Das Bundesministerium der Verteidigung zeigte sich von der rigorosen Haltung der Schulkonferenz des Robert-Blum-Gymnasiums überrascht, eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr im Bildungsbereich abzulehnen. Eigentlich ist dies aber eine Chance, im Unterricht mehr über friedenserhaltende Konzepte und Aktionen zu diskutieren.

Die Schöneberger erfahren Unterstützung vom Landeslehrerausschuss. Der Lehrerausschuss im Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat sogar weitere Schulen dazu aufgerufen, dem Beispiel des Robert-Blum-Gymnasiums zu folgen. Die Schüler, Lehrer und Eltern dort begründen ihren Beschluss damit, dass das »vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt unseren Erziehungsidealen widerspricht«. **H. C.**

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA
Postbank Berlin
Konto-Nr: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Große braune Flecken auch in Hessens Vergangenheit

LINKE: Zahl der Ex-Nazis in Landtagen weit höher als bekannt

In den elf hessischen Landtagen von 1946 bis 1987 saßen mindestens 75 ehemalige NSDAP-Mitglieder. Das ergab eine Untersuchung, die die Fraktion DIE LINKE in Auftrag gegeben hat. Die offiziellen Landtags-Publikationen nannten bislang nur drei bis vier Mitglieder.

Den höchsten Anteil an NSDAP-Mitgliedern hatte die FDP-Fraktion (früher: LDP). In den ersten Nachkriegsjahren hielten sich die Ex-Nazis noch zurück; mit Beginn des Kalten Krieges wurden sie aktiver. So stieg bei der FDP in den Jahren von 1954 bis ‘66 der Anteil der NSDAP-Mitglieder auf über 70 Prozent an, darunter Mitglieder bereits zu Weimarer Zeit und zahlreiche SA- und SS-Führer.

Ebenfalls über 60 Prozent betrug der Anteil von NSDAP-Mitgliedern bei den Fraktionen des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und GDP, dem Zusammenschluss von BHE und DP. Ehemaligen Nazi-Funktionäre betätigten sich insbesondere auch in den Vertriebenenverbänden.

Bis zu 35 Prozent stieg im fünften Landtag (1962-66) der NSDAP-Anteil in der CDU-Fraktion. Von den 140 in die Untersuchung einbezogenen Abgeordneten der SPD gehörten knapp 11 Prozent (15 Abgeordnete) der NSDAP an. Nur eine einzige Fraktion hatte keine NSDAP-Mitglieder: die der 1956 verbotenen KPD.

Die hohe Zahl von Ex-Nazis in den Landtagen vor allem der 50er- und 60er-Jahre bestätigt, dass am Auf- und Ausbau der Bundesrepublik in beachtlichem Ausmaß Kräfte aus der Nazizeit beteiligt waren bzw. die Geschäfte weiterführten. Deutlich wurde das am Beispiel des Leiters des Kanzleramtes, Hans Globke, oder an den ehemaligen Hitler-Generälen beim Aufbau der Bundeswehr. Das alles blieb nicht ohne Auswirkung, und so wurde nicht unberechtigt von einer »Restauration« alter Verhältnisse gesprochen.

Zu berücksichtigen ist sicher, dass die NSDAP-Mitgliedschaft damals junger Menschen nicht dauerhaft als Nachweis für ein Nazisein gelten muss; erst recht nicht, wenn aus der Nazivergangenheit entsprechende Lehren gezogen und in demokratisches, antinazistisches Handeln umgesetzt wurde. Das Ergebnis der Untersuchung nunmehr auch der hessischen Landtage unterstreicht jedoch erneut, dass die Aufarbeitung der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte Not tut. **C. Dreyling**

Am 16. Juli in Gießen:

Eine Stadt protestiert

Gegen einen geplanten Aufmarsch von Neonazis am 16. Juli in Gießen mobilisiert die ganze Stadt.

Das Bündnis »Gießen bleibt bunt«, dem insgesamt fast 200 Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände angehören, will mit Festen, Mahnwachen, Veranstaltungen und Mitmachaktionen gegen den Neonazi-Auftritt protestieren. Das Bündnis »Gießen bleibt nazifrei!«, das weit über 80 Mitgliedsverbände zählt, darunter attac, AStAs, Gewerkschaftsjugend, Jusos, LINKE und Antifas, ruft zu gewaltfreien Blockaden auf, die die Aktionen von »Gießen bleibt bunt« ergänzen sollen. Wie die VVN-BdA gehören mehrere Gruppen und Organisationen beiden Bündnissen an. Entsprechend gut ist die Zusammenarbeit der Bündnisse.

Nicht allein für VVN-BdA ein schmerzhafter Verlust

Landessprecher und -geschäftsführer Peter Altmann im Mai versorben

Mit dem Tod von Peter Altmann, gestorben am 6. Mai 2011 im Alter von 77 Jahren, hat nicht nur die hessische VVN-BdA ein engagiertes Führungsmitglied, ihren Landessprecher und Landesgeschäftsführer, sondern auch die Bundesorganisation ein langjährig aktives Mitglied verloren.

In der Umbruchsituation Anfang der 90er-Jahre gehörte Peter Altmann, zuvor Präsidiumsmitglied der westdeutschen VVN, zu denen, die sich mit großem Engagement ans Werk machten, die Existenz der VVN-BdA zu retten und zu sichern. Er übernahm kommissarisch Aufgaben der neuen Bundesgeschäftsstelle, arbeitete als Redakteur der Mitgliederzeitschrift »antifaschistische rundschau« und nach dem Zusammenschluss der beiden deutschen VVN-Organisationen und ihrer Zeitschriften auch in der neuen gemeinsamen Redaktion. Hinzu kam seine Tätigkeit als Landesgeschäftsführer der VVN-BdA Hessen, eine Tätigkeit, die er auch im Rentenalter und trotz gesundheitlicher Probleme ehrenamtlich bis zu seinem Tode ausübte.

Peter Altmann war außerdem aktiv in der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis, in der Arbeiterwohlfahrt und in der Frankfurter SPD. Er war ein durch und durch politisch aktiver Mensch, zudem aber auch ein bildender Künstler und Maler, was selbst manche seiner politischen Freunde nicht wussten, bis er vor wenigen Jahren in Frankfurt seine Bilder in einer Ausstellung zeigte.

Peter Altmann arbeitete seit seinem Germanistik- und Kunststudium als politischer Journalist. Ende der sechziger Jahre wurde er Redakteur der VVN-Wochenzeitung »die tat«, anschließend Lektor des VVN-nahen Röderberg-Verlags. Als Präsidiumsmitglied der VVN-BdA übernahm er nicht nur politische, sondern auch publizistische Aufgaben, wie die Herausgabe der ersten großen Dokumentation in der Bundesrepublik über den antifaschistischen Widerstand in Deutschland.



Peter Altmann war und blieb bei allen seinen politischen Tätigkeiten und Funktionen ein stets verlässlicher, liebenswürdiger und hilfsbereiter Mensch. Sein Tod reißt eine große Lücke – menschlich und für den organisatorischen Zusammenhalt der hessischen VVN-BdA. Er wird uns fehlen. Wir werden ihn nicht vergessen, schon deshalb nicht, weil wir immer wieder auf Arbeitsergebnisse und Werke von ihm stoßen werden.

In der *Frankfurter Rundschau* erschien eine Traueranzeige von über 60 führenden Mitgliedern der VVN-BdA, der Arbeiterwohlfahrt und der Frankfurter SPD. Sie alle riefen ihm nach: »Wir werden Dich sehr vermissen und nicht vergessen.«

An der bewegenden Trauerfeier auf dem Frankfurter Südfriedhof nahmen viele Freundinnen und Freunde des Verstorbenen Abschied. Nicht nur namens ihrer Organisationen, sondern auch als Freunde, die ihm nahestanden, sprachen Jürgen Richter (AWO), Peter Christian Walther (VVN-BdA), Petra Tursky-Hartmann (SPD) und Sylvia Weber (Kulturforum).

P.C.Walther/Ulrich Schneider

Erster Stolperstein in Kassel

VVN-BdA dankt der Stolperstein-Initiative

Am 26. Mai wurde in Kassel der erste Stolperstein gelegt. Er erinnert an den Kommunisten Traugott Eschke.

Dank und Anerkennung gebühre der Stolperstein-Initiative Kassel und insbesondere Ingrid Pee, so erklärte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist-/innen (VVN-BdA) Kassel. Ihnen sei es durch intensive regionale Forschung und Beharrlichkeit zu verdanken, dass nun endlich auch in Kassel der erste Stolperstein für einen Menschen gesetzt wird, der durch das NS-Regime umgebracht wurde. Es ist Traugott Eschke, ein Schlosser und Reichsbahner, der mit seiner Familie in Kassel-Harleshausen lebte.

Er war KPD-Gemeindevertreter und wurde als Nazigegner 1935 zu acht Jahren Haft im Zuchthaus Wehlheiden verurteilt. Er starb 1943 an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen. Für ihn wurde am 26. Mai 2011 in Kassel-Harleshausen in der Firnskuppenstraße 15 der erste Stein gesetzt.

Die VVN-BdA Kassel begrüßt diese Initiative und wünscht sich, dass ausgehend von diesem Beispiel weitere Erinnerungssteine möglich werden. An diesem Beispiel würde auch deutlich, dass Ängste und politische Vorbehalte gegen eine solche Form der Ehrung nicht berechtigt sind. Gemeinsam sollten nun politische Initiativen, die Stadt Kassel und die Ortsbeiräte, das Stadtmuseum, das Stadtarchiv und die jüdische Gemeinde überlegen, an welchen Orten weitere Stolpersteine sinnvoll und möglich sind. Denn es gibt noch viele Frauen und Männer aus Kassel, die einer Ehrung würdig wären. **Ulrich Schneider**

Redaktion: P.C. Walther
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

Türkische Faschisten in Hessen

Behörden reagieren hilflos

Seit langem ist bekannt, dass auch in Hessen unter den türkischen Mitbürgerinnen ud Mitbürgern »Graue Wölfe«, also türkische Faschisten, agieren.

Im Gegensatz zu früheren Jahren fallen sie jedoch weniger ins Auge, da sie nur selten öffentlich in Erscheinung treten. Nun enthüllte der *Hessische Rundfunk*, dass etwa 1000 »Graue Wölfe« in Hessen organisiert sind. Schwerpunkte ihrer Strukturen sind im Wetzlar-Dillenburger Raum und im Rhein-Main-Gebiet. Aber auch im osthessischen Kassel ist einer der fünfzehn Mitgliedsvereine der »Türk Federasyon«, des Dachverbands der Grauen Wölfe mit Sitz in Frankfurt/M., angesiedelt.

Statt provokativer Auftritte im ultra-nationalistischen Stil agieren die »Grauen Wölfe« heute verstärkt innerhalb »etablierter« Strukturen – und das mit problematischem Erfolg. So gelang es einem Anhänger der »Grauen Wölfe« in Wetzlar, Bayram Serin, Vorsitzender des Ausländerbeirates zu werden. Er sollte sogar im Frühjahr als Kandidat auf der SPD-Kommunalwahlliste kandidieren. Dies konnte jedoch nach entsprechenden Informationen der Öffentlichkeit verhindert werden.

Allerdins nutz Bayran Serin nunmehr seine Position auch politisch aus. Anfang Juni plante der Ausländerbeirat der Stadt Wetzlar ein Internationales Kulturfest – finanziert mit Mitteln der Stadt und des Landes Hessen. Der Vorstand des Ausländerbeirates schloss daraufhin das »Wetzlarer Bündnis gegen Rechts« von einer Teilnahme aus. Begründung: Auf einem »Familienfest« habe Politik nichts verloren.

Die Reaktion des Wetzlarer Oberbürgermeisters auf diese Situation ist an Hilflosigkeit kaum zu überbieten. Erst forderte er von Bayran Serin, sein Verband müsse aus der »Türk Federasyon« austreten – ohne Ergebnis. Nun ordnete er an, an den Ständen des Kulturfestes dürfen keine Symbole oder Zeichen erkennbar sein – wenn man die »Grauen Wölfe« nicht sieht, sind sie auch nicht da. Antirassistisches Engagement sieht anders aus. **Bernd Kant**

Keltenmuseum nur Beispiel

Neonazis dringen in Gesellschaft ein

Wie Neonazis in viele Bereiche der Gesellschaft eindringen, wird oft erst dann registriert, wenn es öffentlich wird. So z.B. als bekannt wurde, dass das jüngst eröffnete hessische Keltenmuseum von Neonazis bewacht wird.

Die zuständige Landesbehörde hatte eine Sicherheitsfirma beauftragt, für die Neonazis tätig sind. Auch die Museumsleiterin sah zuerst keinen Anlass zu reagieren, als sie davon erfuhr. Erst als die Sache an die Öffentlichkeit kam, wurden die braunen Wächter abgerufen.

Ein anderes Beispiel sind die Vorgänge in der Freiwilligen Feuerwehr in Kassel-Bettenhausen. Dort fungierte ein Neonazi als »Wehrführer«. Er holte schließlich weitere Neonazis in die Truppe.

In beiden Fällen hielten die Neonazis sich mit entsprechenden Äußerungen nicht zurück. Ihre unmittelbare Umgebung focht das nicht an. Ein Grund mehr, immer wieder darauf hinzuarbeiten, dass Neonazis und ihr Jargon nicht akzeptiert werden. Anderenfalls breiten sich sie immer weiter aus. Mit dem Nazireich haben wir erfahren, wohin das führt. **W. Winkler**

Kassel kickt Rechts weg

3. antirassistisches Fußballturnier

Ende Mai veranstalteten Dynamo Windrad, die evangelische Jugend und der Stadtjugendring Kassel unter dem Titel »Kick Rechts weg!« vor dem Kulturbahnhof das dritte antirassistische Straßenfußball-Turnier.

Fast dreißig Mannschaften aus Jugendzentren und Stadtteilen Kassels nahmen teil. Im Begleitprogramm des Turniers wurde die



Training vor dem dritten Kick.

VVN-Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« gezeigt, fanden Gesprächsrunden zum Thema extreme Rechte heute und über den Widerstandskämpfer Adam von Trott statt. Im Tunnel unter dem Bahnhof präsentierte Heidi Sieker Bilder und Informationen zum Thema Zwangsarbeiter in Kassel.

Gedenken in Darmstadt

Staatstheater erinnert an NS-Opfer

Anfang Juni wurde im Staatstheater Darmstadt eine Gedenktafel für die dort beschäftigten Opfer der Naziherrschaft enthüllt.

Mit ihr erinnert das Theater an 62 Personen, die ab Juni 1933 verfolgt wurden. Die Initiative ging von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen aus.

Die Inschrift der Tafel: »Wir gedenken aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aller Kolleginnen und Kollegen, die in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (1933 -1945) aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer politischen Überzeugung aus dem ehemaligen Landestheater Darmstadt vertrieben wurden. Das bedeutete für alle Berufsverbot, Arbeitslosigkeit und Verfolgung. Vielen gelang es, ins Exil zu flüchten und zu überleben, aber ohne an ihre früheren künstlerischen Erfolge anknüpfen zu können. Einige wurden deportiert und ermordet.«

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 500 100 60

Widerständige Frau von Gestapo in den Tod befördert

Späte Hilfe für die Hinterbliebenen der Euthanasieopfer

Helmut Heinze, 89jähriger Rentner, aus Lemgo deckte eine traurige Wahrheit auf: Weil die Nazis die widerständige Minna Katharina Heinze vernichten wollten, folterten sie diese und erklärten sie für verrückt. Sie ermordeten seine Mutter im Zuge des von Hitler angeordneten Euthanasieprogramms. Der tausendfache Mörder und Betreiber dieses Programms, Dr. Hans Bodo Gorgaß, wurde zum Tode verurteilt, aber 1958 begnadigt, er setzte seine Tätigkeit als Mediziner fort.

Helmut Heinze klagt: 66 Jahre nach dem Krieg werden Euthanasieopfer nicht immer anerkannt. Viele Jahre lang wollten Politiker ihren Tod nicht als typisches Naziverbrechen anerkennen. »Diese Ungerechtigkeit konnte ich nicht ertragen«, sagt Heinze. Er nahm den Kampf auf, allein, denn andere Opfer seien nur schwer ausfindig zu machen gewesen.

Auf Politiker konnte er nicht zählen: Denn im Bundesentschädigungsgesetz von 1956 wurden die Opfer von Euthanasie und Zwangssterilisierung nicht als typische NS-Opfer anerkannt. Von Entschädigungszahlungen wurden sie ausgegrenzt. »Diese Menschen zählen damit zu den vergessenen Opfern des Dritten Reichs«, sagt Michael Teupen, Geschäftsführer des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte. Die Opfer der Euthanasie und Zwangssterilisierten hätten anders als beispielsweise jüdische Opfer keine Lobby gehabt, die nach dem Krieg Druck auf die Regierung hätte ausüben können. »Aus bloßer Einsicht ist nämlich in den seltensten Fällen Aufarbeitung geleistet worden«, sagt Teupen. Immer habe es politischen Druck geben müssen.

Es gelang Helmut Heinze, die grausame Wahrheit über seine Mutter aufzudecken. Über viele Jahre hinweg zogen sich seine Recherchen hin, die er heute auch in Schulen präsentiert. Als Minna Heinze von den Gestapo-Verhören nach Hause zurückkehrte, sei sie nicht mehr die selbe Frau gewesen, fand er heraus. Für geisteskrank erklärten die Ärzte die zweifache Mutter. 1940 schließlich wird sie in die Landesheilanstalt in Hamburg eingewiesen, nachdem sie sich kritisch über Hitlers Politik geäußert hatte. »Unbequeme Menschen wurden für geistesgestört erklärt; so konnte man sie ganz einfach aus dem Weg schaffen, die meisten Euthanasieopfer waren gesund«, erläutert Margret Hamm von der Arbeitsgemeinschaft Bund der Euthanasie und Zwangssterilisierten den Fall.



Helmut Heinze zeigt das Bild seiner Mutter. Bild: Privat

Bald ließen die Nazis Minna Heinze von ihrem Ehegatten zwangsscheiden. Minna Heinze verlor somit den Schutz ihres Mannes, »von nun an konnten die Nazis mit ihr verfahren wie sie wollten«, sagt Hamm. In der NS-Tötungsanstalt Hadamar stirbt die 50-Jährige am 6. März 1944. Ärzte hatten ihr Gift gespritzt und sie verhungern lassen. So brachte es Helmut Heinze ans Licht.

Bis heute gilt seine Mutter, wie auch über 300 000 Euthanasieopfer, nicht als typische NS-Verfolgte. Ende der 1980er-Jahre wagen einige Euthanasie-Überlebende den Schritt und gründen den Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten. Bis dahin kämpfte jeder alleine.

Erst seit Beginn dieses Jahres erhalten nun auch die Kinder von Euthanasie-Opfern Entschädigungszahlungen von 291 Euro monatlich. Helmut Heinze freut sich. »Viel wichtiger jedoch ist die Wahrheit, dass meine Mutter als NS-Verfolgte anerkannt wird«, sagt er. Dafür kämpft er bis heute, schon fast sein Leben lang.

H. H./L. Z.
Quelle: Westfälische Rundschau

Vor 70 Jahren: Hitler überfiel Sowjetunion

Thesen der Aachener VVN-BdA mit aktuellen Bezügen

Anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion fanden in Nordrhein-Westfalen um den 22. Juni herum zahlreiche Aktionen, Mahnwachen, Veranstaltungen der VVN-BdA statt, ferner Veranstaltungen von Bündnissen mit VVN-Beteiligung. Im Rahmen einer Veranstaltungsserie hat die VVN-BdA Thesen zur Geschichte, auch zur Wirtschafts- und Militärgeschichte, vorgelegt. »Wir wollen in Form von Thesen einige historische Gesichtspunkte mit unserer Gegenwart abgleichen«, schrieb das Kollektiv der VVN-BdA Aachen zum nachfolgenden Text, den wir gern abdrucken und zur Diskussion stellen:

Am 22. Juni 1941 überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion. Der 22. Juni 1941 markiert einen reinen Angriffskrieg, der dem Ziel des Aufbaus einer deutschen Weltmacht diente. Es war der Beginn einer unfassbaren Katastrophe für die Menschen in der Sowjetunion. Nach neueren Schätzungen starben etwa 28 Millionen Zivilisten und mehr als acht Millionen Rotarmisten. Und es war ein Vernichtungskrieg. Alles jüdische Leben sollte ermordet werden, einen slawischen Staat sollte es in der folgenden Geschichte nie mehr geben können. Spätestens seit dem Bau des Holocaust-Mahnmals in Berlin bescheinigt sich die bundesrepublikanische Gesellschaft permanent selbst, nie mehr in der Lage und willig zu sein, das Ungeheuer des Faschismus wieder aufleben zu lassen. An dieser Haltung kommen Zweifel auf, wenn wir erleben müssen, mit welcher Militanz staatliche Organe Aufmärsche der geistigen Erben des Hitlerfaschismus schützen.

(Fortsetzung auf Seite 12)

Vor 70 Jahren: Hitler überfiel Sowjetunion

Fortsetzung von Seite 11: Thesen der Aachener VVN-BdA

Mobilisierung gegen Kriegsgegner ist Kriegsvorbereitung



Die Vorbereitungen des von den Nazis lange vor ihrer Machteinsetzung angekündigten Überfalls auf die Sowjetunion begannen unmittelbar nach der Machtübergabe an Hitler. Die Voraussetzungen für den Krieg wurden geschaffen mit den Versuchen der Eliminierung der Kriegs- und der Hitlergegner, die bereits ab Februar 1933 in Schutzhaft und wenig später in Konzentrationslager weg gesperrt wurden - sofern sie nicht sofort umgebracht wurden.

Und heute? Die Bundeswehr hält ein breites Instrumentarium zur Zerschlagung demokratischen Widerstands von Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegnern bereit. Die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien (Mai 2011) sehen den Einsatz der Bundeswehr zum »Heimatschutz« vor. Der Einsatz aller Gattungen der Bundeswehr auf dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm richtete sich gegen demokratischen Widerstand. Auch auf diversen »Zivilschutz«-Übungen der Bundeswehr wurden Streiks und demokratische Bewegungen ins Visier genommen. In der Bedrohung von Kriegsgegner/innen erkennen wir ein friedensgefährdendes Potential.

Angriffe auf das Völkerrecht bedeuten Krieg

Nach dem 1. Weltkrieg waren die Völker und Staaten bestrebt, ein neues Völkerrecht zu schaffen, das Staaten das Recht zur Kriegsführung - ius ad bellum - entzieht bzw. einschränkt. (…) Die Zerschlagung des sich zaghaft herausbildenden Völkerrechts durch die Nazis mit der Inanspruchnahme des Rechts auf Kriegsführung gehört zur Vorgeschichte des 2. Weltkrieges und des Überfalls auf die Sowjetunion.

Und heute? Der Angriff der NATO auf Jugoslawien, der »Koalition der Willigen« auf den Irak und der Krieg in und gegen Afghanistan sind Meilensteine in der jüngsten Zerschlagung des gültigen Völkerrechts. Sie gipfeln in der Anmaßung, aus »Schutzverantwortung« gegenüber der Zivilbevölkerung (Besatzungs-)Armeen in Marsch setzen zu können. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist der faktisch auch von der Bundesregierung mit getragene Krieg gegen Libyen.

Krieg gebiert Ungeheuer

Das antisemitische Programm der Nazis war bereits in Hitlers Schrift »Mein Kampf« (1925) dokumentiert. Sofort nach Hitlers Machteinsetzung wurden dann auch Jüdinnen und Juden in Deutschland drangsaliert und gedemütigt, enteignet, aus dem Land gejagt und bis zum 22.6.1941 rund 900 000 ermordet. Doch erst mit dem Überfall auf die Sowjetunion entfaltete der Antisemitismus seinen furchtbaren eliminatorischen Charakter, industriemäßig wurden sechs Millionen Menschen ermordet mit dem einzigen Ziel, alle Jüdinnen und Juden der Welt zu vernichten. Die Mordlust in Deutschland verlor erst dann alle Hemmungen, als der Krieg das gesamte Leben bestimmte.

Und heute? Wir sind in Sorge angesichts der Bilder von Soldatinnen und Soldaten der sog. westlichen Welt, die im Krieg alle Hemmungen des zivilen Lebens überwinden, wenn sie (…) auf Kinder schießen oder mit menschlichen Schädeln spielen (Bundeswehr in Afghanistan). Wir befürchten, dass die zunehmende Kriegsführungsfähigkeit Deutschlands und die Umrüstung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee zu einer Verrohung des menschlichen Umgangs in der ganzen Gesellschaft mit heute noch unabsehbaren Folgen führen kann.

Antikommunismus – Grundtorheit unserer Epoche

Die Sowjetunion trug die Hauptlast bei der Zerschlagung des Faschismus. Weil die späteren Alliierten Großbritannien, USA und Frankreich noch ganz im Geist der antikommunistischen Interventionskriege gegen die junge Sowjetunion (1917 - 1921) befangen waren, setzten sie zunächst auf die Karte einer Niederlage der Sowjetunion gegen Deutschland und duldeten die faschistischen Kriegsvorbereitungen. Die sehr späte Eröffnung der Westfront (6.6.1944 Landung in der Normandie) hat den Krieg unnötig und unter Millionen Opfern verlängert.

Auch in Deutschland teilte Hitler den Schreckenspopanz des »Bolschewismus« »mit einem großen Teil der damaligen Bourgeoisie bis hin zum rechten Flügel und der Mitte der Sozialdemokratie« (Fritz Fischer, Spiegel 2/1989). Der Antikommunismus war eine der entscheidenden Entstehungsbedingungen für den Faschismus und den Raubzug gegen die Sowjetunion.

Und heute? Trotz dieser historischen Erfahrungen ist auch heute der Antikommunismus staatstragendes ideologisches Leitbild deutscher Innen- und Außenpolitik. Er wird aktuell vorrangig als »Extremismustheorie« transportiert, in dem die entschiedensten Gegner/innen des Faschismus als dessen symbiotisches Spiegelbild verleumdet werden. Damit wird die Gefahr eines erstarkenden Faschismus bewusst in Kauf genommen.

Imperialistische Kriege sind Raubkriege

Die deutschen Kriegsziele, Vernichtung allen jüdischen Lebens und des Bolschewismus weisen weit über den Charakter eines klassischen imperialistischen Krieges. Dennoch war er auch das. »Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes«, postulierte Hitler im August 1936 sein antibolschewistisches Eroberungs- und Kriegsprogramm. Herman Josef Abs, Vorstandsmitglied Deutsche Bank brachte es am 17.7.1941 vor der Reichswirtschaftskammer auf den Punkt: Die Sowjetunion stände schließlich den Zielen im Weg, dass Deutschland Europa beherrsche und der Ferne Osten und Südamerika dem europäischen Export offen stünden. (Quelle: Kühnl: Der deutsche Faschismus, Köln, 1975, Seite 327f.)

Wir stellen fest: Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien schreiben die Ziele einer Rohstoffsicherung des Weißbuches von 2006 fort, setzen sie in weltpolitische Geltungsansprüche um und liefern permanent Kriegsgründe: »Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. (…) Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit und damit verbundene Fragen künftig auch für unsere Sicherheit eine wachsende Rolle spielen.« (…) **www.aachen.vvn-bda.de**

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal

Wolfgang Rose sprach auf Feierstunde zum 8. Mai

Mit sozialer Gerechtigkeit gegen Nazis

Am 8. Mai veranstaltete die VVN-BdA eine Feierstunde zur Befreiung vom Faschismus auf dem Ohlsdorfer Friedhof am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg.



Erstmals sprach dort Wolfgang Rose, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di in Hamburg. Er warnte vor der wachsenden sozialen Spaltung. Unter anderem sagte er:

»Wenn jedes vierte Kind in unserer reichen Stadt in Armut aufwächst, wenn die Schere zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut immer größer wird und wenn die Rettungsschirme für Banken, Konzerne und Manager von den kleinen Leuten mit Lohndumping, Arbeitslosigkeit und Armut bezahlt werden sollen, dann werden immer mehr Menschen in die Arme von rechten Hasspredigern und Demagogen getrieben. Die wirksamste Waffe gegen die dumpfen und ausländerfeindlichen Parolen der Nazis ist und bleibt eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen.« **hjm**

Horst Bethge im Mai verstorben



Im Mai verstarb überraschend Horst Bethge im Alter von 75 Jahren. Ob in der Friedensbewegung, bei den Ostermärschen, beim Krefelder Appell, im Kampf gegen die Notstandsgesetze und Berufsverbote, als Gründungsmitglied der Hamburger PDS – immer stand er in Hamburg in der ersten Reihe. Wir werden ihn schmerzlich vermissen. hjm

Hommage an Sylvin Rubinstein

Film beschreibt Leben des Flamenco-Tänzers

Die VVN-BdA Hamburg führt seit mehreren Jahren in Kooperation mit dem Kommunalen Kino Metropolis eine monatliche Filmaufführung unter dem Titel »Täter – Opfer – Widerstand« durch. Im Laufe der Zeit wurden unsere Vorstellungen immer besser besucht, jedoch hätten wir nie damit gerechnet, einmal 131 Besucher zu empfangen.

Schon lange hatten wir geplant, am 10. Mai den Film »Er tanzte das Leben« zu zeigen. Er beschreibt das Leben von Sylvin Rubinstein, Jahrgang 1913, einem polnisch-russischen Tänzer, der in den 30er-Jahren zusammen mit seiner Zwillingsschwester Maria als international bekanntes Flamenco-Tanzpaar Dolores & Imperio durch die Welt tourte. Der deutsche Überfall auf Polen setzte dem ein Ende, denn Sylvin und Maria waren Halbjuden. Maria und auch die Mutter der Zwillinge wurden Opfer der Faschisten. Sylvin bekam Kontakt zu einem Kreis deutscher Militärs, die aktiv gegen die faschistische Diktatur kämpften, Partisanen unterstützten und jüdische Menschen verstecken halfen. Er beteiligte sich an spektakulären Vergeltungsaktionen, zuerst in Polen und später als Zwangsarbeiter in Berlin.

Nach dem Krieg, als er sich eingestehen musste, dass seine Schwester Maria nicht zurückkommen würde, trat Sylvin wieder als Tänzer auf, allerdings nahm er die Rolle seiner Schwester, der Dolores, an und tanzte als ihr lebendes Denkmal viele Jahre in deutschen und europäischen Varietés.

Sylvin Rubinstein lebte seit den 50er Jahren in Hamburg und wollte eigentlich zu unserer Filmvorführung kommen. Leider starb er zehn Tage vorher, am 30. April 2011, im Alter von fast 98 Jahren.

Der Film basiert auf einem Buch von Kuno Kruse »Dolores & Imperio«. Kuno Kruse war bei unserer Filmvorführung anwesend und erzählte von seiner Freundschaft mit Sylvin Rubinstein.

Den VVN-Gruppen sei empfohlen: Ihr solltet den Film unbedingt zeigen. Er bewegt Menschen aller Altersklassen. **tsy**

Serbisches »Ja« erkauft

Hamburger Roma-Familien droht Abschiebung

80 Hamburger Roma-Familien droht die Abschiebung nach Serbien oder Mazedonien. Großteils wohnen sie in einem Getto in Billstedt inmitten eines Gewerbegebietes. Im ganzen Bundesgebiet sind rund 5000 Roma von drohender Abschiebung betroffen.

Das Ganze ist ein Kuhhandel zwischen Berlin und Belgrad. Die serbische Regierung hat sich bereit erklärt, die Roma aufzunehmen. Im Gegenzug sollen EU-Fördergelder fließen. Der Hamburger Flüchtlingsrat und die Fraktion der LINKEN haben gegen diese Praxis heftig protestiert.

Einige Familien haben sich jetzt mit Hilfe des Flüchtlingsrats an den Petitionsausschuss der Bürgerschaft gewandt. Sie hoffen auf die neue sozialdemokratische Mehrheit im Parlament. Jeder weiß, dass die Roma in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien diskriminiert und verfolgt werden. Das Recht auf Bildung, Arbeit und annehmbare Wohnung existiert für sie faktisch nicht. Hinzu kommt, dass die in Hamburg geborenen Roma kein Wort serbokroatisch sprechen und in ein für sie völlig fremdes Land kämen.

Nehmen wir die Romny Marija Pavloviæ, eine echte Hamborger Deern von 15 Jahren. Sie ist eine sehr gute Schülerin und möchte einmal als Dolmetscherin arbeiten, u.a. für Romanes/Deutsch und so den Roma im Kampf mit der Bürokratie helfen.

In Hamburg stünden ihr alle Türen offen, wenn man sie nur ließe, in Serbien hätte sie keine Chance. Auch ihre Familie hat sich an den Petitionsausschuss gewandt. Der Abschiebetermin war für Mitte Mai festgelegt worden. Nun hat ihn die Ausländerbehörde »großzügig« um drei Wochen verlängert.

Leider ist der Protest gegen diese Machenschaften zurzeit noch verhalten. Das Mindeste wäre ja wohl, dass die Abschiebung aller Roma so lange ausgesetzt wird, bis der Petitionsausschuss entschieden hat. **Hans-Joachim Meyer**

Bredel-Book op Platt

Ji hebbt richtig keken. Wi hebbt besloten, in de *antifa*-Utgoov ok en Stremel op Platt to bringen.

Plattdüütsch gellt no de EU-Sprokencharta as Regionalsprook, de in Hamborg nu ok op School lehrt warrn schall. Man dat hett bloots Sinn, wenn de Minschen ok in de Medien mehr op Platt vörsett kriegt. Un dor wüllt wi en luurlütten Bidrag bistüürn.

Dat gifft je en ganzen Barg Literatur op Platt. Man en plattdüütschen Störtebeker-Roman, den gifft dat nutieds in'n Hannel nich. Man nu schall »Die Vitalienbrüder« vun Willi Bredel op'n Markt komen, vun mi op Platt översett. De plattdüütsche Titel heet denn »De Liekedelers«. Rutgeven ward dat Book vun de Willi-Bredel-Sellschop. Bredel weer je Marxist un Kommunist, un so kriegt wi in sien Book ok den historischen Achtergrund in de Künn. In de Hansetied speel sik en scharpen Klassenkampf af, in de Städer twüschen de Patriziers (vun'n Volksmund ok »Pepersäck« neumt) un de Handwarksgillen (»Zünfte«), op'n Lannen twüschen de Feudalherrn un de liefegen Buurn. Gediegen is, dat de Hansestäder sik mit Piroten as Störtebeker tohoopdeen in'n Krieg gegen de däänsche Königin Margarete. Man loter hebbt de Patriziers jümehr Bundsmoten schandbor verroden, jüm fungen un 1401 in Hamborg op'n Grasbrook den Kopp afhaut.

Willi Bredel stammt ut Hamborg, hett bi Kampnagel arbeidt un doodseker platt snackt. Un nu kriegt wi dat eerste Book vun Bredel in sien Modersprook. Wi hööpt, dat dat Book in'n Harfst klor is. Ji köönt uns helpen un Geld spennen: Willi-Bredel-Gesellschaft, Haspa, BLZ 20050550, Kto-Nr. 1057210104. Un de Spenn künnt ji vun de Stüür afsetten! **hjm**



En niege Anfang: Willi Bredel mit sien Fru 1947 in Schwerin. Bild: ND

Neofa-Ausstellung in der Südkurve

Zu Gast beim FC St. Pauli

Schon einige Male erhielten wir Einladungen vom Fanladen des FC St. Pauli, so anlässlich eines internationalen Antirassismus-Turniers oder zu Gedenkkundgebungen bei der Tafel, die der FC St. Pauli vor einigen Jahren für alle St. Paulianer NS-Opfer und Verfolgten gestiftet hatte.

Deshalb waren wir guten Mutes, dass unser Angebot, unsere Neofaschismus-Ausstellung auf dem Vereinsgelände zu zeigen, nicht auf taube Ohren stoßen würde. Die Fan-Leute waren davon absolut begeistert und beschlossen, die Ausstellung auf ihrem Südkurven-Sommerfest am 28. Mai zu zeigen.

Natürlich ließen wir es uns nicht nehmen, die Ausstellung selbst aufzuhängen. Zu unserer Erleichterung stellte dies kein sonderliches Problem dar. Die Leute vom Fan-Laden halfen uns nach Kräften, und noch beim Arbeiten kamen Besuchern, um sich die Ausstellung anzusehen. So viel Interesse war selten und erfreute uns umso mehr!

Als die Ausstellung glücklich hing, gab es dazu auf der Festbühne noch ein kurzes Interview, auch über die guten Beziehungen zwischen der VVN-BdA und dem FC St. Pauli. Danach schickten uns die St. Paulianer wunderschöne professionelle Fotos von der Ausstellung und ihren Besuchern. **tsy**

Redaktion: H.-J. Meyer
Zuschriften bitte an die
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg
Haspa, BLZ 200 505 50
Kto-Nr. 1206/127 183

Hamburger VVN-Termine im Sommer

Sonntag, 17. Juli, 15 Uhr
Grillfest der VVN-BdA
in und am Landesbüro,
Hein-Hoyer-Str. 41, St. Pauli
15 Uhr

Sonntag, 24. Juli, 13 Uhr
Friedensfest auf dem Ohlsdorfer Friedhof
Wir zeigen den Film »Der gute Vater – Eine Tochter klagt an« von Yoashi Tatari.
Über viele Jahre wusste Beate Niemann nicht, dass ihr Vater als Mitglied der Gestapo viele Menschen getötet hat. Sie wollte ihren »armen, unschuldigen Vater« sogar rehabilitieren, weil er 25 Jahre im DDR-Knast saß.
Beate Niemann und Yoashi Tatari werden anwesend sein.
Anschließend: Kranzniederlegung bei den Gräbern der Valvo-Frauen. Friedhof Ohlsadorf, Mittelallee, Sammelgräber für die Bombenopfer. Bus 170 ab Eingang S-Bahn Ohlsdorf Richtung Maisredder

Sonnabend, 30. Juli, 14 Uhr
Sommerfest im Ferienheim Heideruh
Ahornweg 45, 21244 Buchholz
13 Uhr Busfahrt (6 Euro) an der Shell-Tanke gegenüber dem Dammtor-Bahnhof. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Grillteller: 12 Euro. Rückfahrt ab Heideruh: 21 Uhr. Wer im Bus mit will, bitte anmelden unter Tel. 314254 oder Mail vvn-bda.hh@t-online.de

Montag, 1. August, 17 Uhr
Gedenken an die Opfer des Altonaer Blutsonntags
Veranstaltung für die ermordeten Bruno Tesch, Karl Wolff, Walter Möller und August Lütgens.
Hinter dem Amtsgericht Altona, Eingang Gerichtsstraße.

Sonntag, 14. August, 15 Uhr
Gedenkfeier für die Opfer der »Euthanasie«
auf dem Ohlsdorfer Friedhof, Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung, Nähe Kapelle 13.

Fr, 19. bis So., 21. August
Methfesselfest
Das große nichtkommerzielle Initiativen- und Kulturfest in Eimsbüttel. Ort: Else-Rausch-Platz, Nähe U-Bahn Lutterrothstr.

Sonntag, 4. Sept., 16.30 Uhr
Film »Ernesto alias Ernst«
Der Jude und Widerstandskämpfer Ernst Koch wird 1938 zur Flucht nach Uruguay gezwungen. Ende der 70er-Jahre flieht er erneut, diesmal vor dem Terror der Militärdiktatur, und zwar in seine alte Heimat nach Frankfurt am Main. Ernesto Koch wird anwesend sein.
Kino Metropolis, Dammtorstr.

Sonntag, 11. Sept., 11 Uhr
»Menschen, wir hatten euch lieb«
Gedenkveranstaltung auf dem Ohlsdorfer Friedhof im Ehrenhain der Widerstandskämpfer zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus. Bringt bitte Blumen mit!

Antifaschisten hatten die besseren »Beats«

Am 17. Juni provozierten Neonazis in Gera und Dresden

Bis 1990 wurde der 17. Juni in der Bundesrepublik als »Tag der deutschen Einheit« als Feiertag begangen. Heute versuchen die Nazis, den Tag in alter bundesrepublikanischer Tradition neu zu beleben.



Ein sichtbar breites Bündnis: Die Politik von Gera ist sich überwiegend einig gegen Rechts.

In verschiedenen deutschen Städten, unter anderem in Gera und Dresden, hatten dieses Jahr NPD und »Freie Kräfte« zu Gedenkveranstaltungen an den sogenannten Arbeiteraufstand in der damaligen DDR aufgerufen. In Gera erwartete die etwa 50 Neonazis eine regelrechte Schlacht um den Geräuschpegel. Die etwa 140 Teilnehmer einer in Sicht- und Hörweite angemeldeten Veranstaltung - Vertreter aller im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien (Linke, SPD, CDU, FDP, Wählervereinigung »Ja für Gera« und Grüne), eines Bündnisses aus Parteien und antifaschistisch-demokratisch orientierte Gruppen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, hatten einfach die besseren »Beats«.

Aus dem Kreis der Gegendemonstranten heraus verwahrte sich Geras Jugendpfarrer Michael Kleim davor, dass das Datum von der NPD missbraucht wird. Mit dem Aufstand am 17. Juni 1953 hätten Menschen Demokratie und Freiheit gefordert und sich gegen die Diktatur in der DDR gewandt, erinnerte er. Die Nazi-Herrschaft, deren geistiges Erbe die NPD angetreten hat, sei eine Diktatur gewesen. In der Nazi-Zeit seien Menschen vernichtet worden, vom Kommunisten bis zum Juden, stellte Kleim die historischen Tatsachen klar.

Gewerkschaftssekretär Sandro Witt sagte am Mikrofon, dass sich die NPD bürgerlich gebe, um in die Kommunalparlamente zu gelangen. In Wirklichkeit würden ihre Anhänger Andersdenkende und ausländische Mitbürger verprügeln. Auch Christoph Berger wandte sich im Namen des Geraer Aktionsbündnisses gegen Rechts gegen eine Geschichtsklitterung durch NPD.

In der sächsischen Hauptstadt Dresden versammelten sich bis zu 300 Neonazis, die versuchten die Geschichte für sich zurechtzuschreiben. In den letzten 20. Jahren gab es diverse rechte Aufmärsche, welche die Geschehnisse des 17. Juni 1953 zur Thematik hatten. Offen versucht man, eine antikommunistische Grundhaltung durch falsch beleuchtete Ereignisse in der Bevölkerung zu untermauern.

Eindeutig zeigt sich die neonazistische Inanspruchnahme von geschichtlichen Ereignissen, wie dem 17. Juni, für politische Zwekke mittels der Symbolik. In Gera zeigten Neonazis ein Transparent, welches Hammer; Sichel und Stern im Totenkopf darstellt und den Reichsadler unterhalb eines Spruches - als »Lösung des Übels«. In Dresden versuchen Neonazis den 17. Juni schon länger für ihre menschenverachtende Ideologie zu missbrauchen.

Peter Geyer

Folkfans von Nazischlägern verletzt

Brutaler Überfall auf Kulturfest in Greiz

Am Freitag, dem 17. Juni 2011, überfiel eine Gruppe von etwa 20 Neonazis ein Folk-Konzert in Greiz. Dieses Eröffnungskonzert des 18. »Greizer Schlossfolk«, eines überregional bekannten kleinen Folkfestivals, war an diesem Freitag von überwiegend älteren Gästen besucht. Der Schlossfolk findet am selben Wochenende wie das Park- und Schlossfest statt.



Demo am 18. Juni durch Greiz. Die Teilnehmenden kritisierten den Einsatz der Polizei nach dem Naziüberfall und forderten ein Verbot der NPD.

Kurz vor Ende der Veranstaltung inmitten der Greizer Innenstadt, im Hof des Unteren Schlosses, verschaffte sich eine Gruppe Neonazis Zutritt. Ohne Vorwarnung begannen sie Biertischgarnituren und leere Biergläser auf die Besucher zu werfen. Ebenfalls wurde eine, noch nicht bekannte, die Augen reizende Substanz in kleinen Sprengkapseln in die tanzende Menge geworfen. Am Rand stehende Personen wurden tätlich angegriffen. Nach etwa zehn Minuten zogen sich die Angreifer zurück. Eine Person musste mit schweren Verletzungen im Kopfbereich ins Krankenhaus eingeliefert werden. Weitere Gäste mussten notärztlich wegen Reizung der Augen und Atemwege sowie Schnittverletzungen vor Ort versorgt werden.

Die Polizei traf trotz zügig abgesetzten Notrufs erst etwa eine halbe Stunde nach Beginn des Überfalls am Ort des Geschehens ein. Trotz Aussagen anwesender Gäste, dass sich die Angreifer nur wenige Meter entfernt in Sichtweite befänden, unternahmen die anwesenden Beamten nichts, um der Angreifer habhaft zu werden.

Viele der anwesenden Gäste erstatteten Anzeige. Da einige der Angreifer als stadtbekannte Neonazis erkannt wurden, konnte die Polizei am Morgen des 18. Juni bereits einige Täter festnehmen. Klarzustellen ist, dass es kein Konzert der linken Szene war, wie in einer Presseinformation behauptet wurde, sondern eine seit zwanzig Jahren stattfindende kulturelle Veranstaltung ohne politischen Hintergrund.

(Fortsetzung auf Seite 16)

Ernst-Thälmann-Denkmal umgewidmet

Rittersgrün/Erzgebirge: Nun wird der Todesmarsch-Opfer des Naziregimes gedacht

Am 30. April 2011 wurde in Rittersgrün die »Gedenkstätte für die Opfer des Todesmarsches von KZ-Häftlingen im April 1945«, der durch Rittersgrün führte, eingeweiht. Die Gedenkstätte ist entstanden aus dem 1960 geschaffenen einstigen »Ehrenhain für den Arbeiterführer und KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann«.

Der Eineihung war eine langjährige Auseinandersetzung um die Umgestaltung vorausgegangen. Erst die Beschlüsse des Ortschaftsrates von Rittersgrün und des Gemeinderates von Breitenbrunn in diesem Jahr machten den Weg frei. Da durch die Umgestaltung zugleich eine zweite Gedenkstätte für die Opfer von Terror und Gewalt, besonders durch den Faschismus, entstanden ist, wäre eine dritte Gedenkstätte für einen solch kleinen Ort wie Rittersgrün nicht sinnvoll gewesen. Die Begründung, eine Gedenkstätte zu schaffen, die in engem Zusammenhang mit Geschehnissen im Ort während der Nazizeit steht und weiterhin antifaschistischen Charakter tragen wird, wurde letztendlich akzeptiert. Als Beweis für diese Tatsachen steht die Ermordung eines am Marsch beteiligten KZ-Häftlings in unmittelbarer Nähe der Gedenkstätte.

Zur Einweihungsfeier der neuen Gedenkstätte waren etwa 70 Personen anwesend, darunter Ortschafts- und Gemeinderäte, der Bürgermeister der Gemeinde Breitenbrunn, Ralf Fischer, Vertreter von Vereinen, Betrieben und Institutionen, eine Abordnung der Linken vom Kreisverband Aue-Schwarzenberg, Vertreter des Bundes der Antifaschisten und eine Abordnung der Stadt Kovarska (Schmiedeberg) in der Tschechischen Republik unter Leitung der dortigen Bürgermeisterin, Alena Kepicova. Ortsvorsteher Thomas Welter begrüßte die Besucher der Einweihungsfeier und legte den Werdegang der Umgestaltung der Gedenkstätte und das Anliegen der Umgestaltung dar. Er verwies auch darauf, dass die Umgestaltung mit Hilfe von Spenden durch Vereine und Privatpersonen und durch andere unterstützende Maßnahmen geschehen konnte. Dafür sprach er allen Beteiligten den Dank des Ortschaftsrates aus.

Er sprach zu den Geschehnissen und dem Ablauf des Todesmarsches. Dabei nannte er besonders die Ereignisse in unserem Raum, speziell zwischen Steinheidel und Goldenhöhe (Zlaty Kopec, heute Tschechien). Er nannte die Zahl der Toten, insgesamt waren es etwa 650, die auf dem Marsch ihr Leben durch Unterernährung verloren oder durch die Wachmannschaft erschossen und erschlagen wurden. Er erinnerte auch daran, dass die Gedenkstätte gleichfalls für die Opfer auf heute tschechischem Gebiet steht. So waren in Kovarska knapp 50 Tote zu beklagen. Weiter sagte er: »Deshalb freuen wir uns besonders, dass an der heutigen Einweihungsfeier auch tschechische Gäste teilnehmen und damit ihre Achtung vor den Opfern des Todesmarsches und das Gedenken an sie zum Ausdruck bringen.«

Die Gedenkstätte soll gleichzeitig Mahnung sein, den heute wieder aufblühenden Neonazismus die Stirn zu bieten, zu dessen Politik gehört, den Holocaust zu leugnen. Was sich hier in Rittersgrün am 19. April 1945 abspielte und zu sehen war, sei Holocaust in Aktion gewesen und deshalb nicht zu leugnen. Klaus Welter sagte zu der am Denkmal angebrachten Gedenktafel für Guido Pilz aus Lauter, hierbei handele es sich um einen der Kuriere, die während der Hitlerzeit in der Tschechoslowakei hergestellte Schriften, wie Flugblätter und Zeitungen gegen das Naziregime, illegal über die Grenze nach Deutschland brachten. Guido Pilz wurde bei solch einer Aktion am Grenzübergang Rittersgrün erschossen. Deshalb gebühre auch ihm ein ehrenvolles Gedenken.



Des ehemalige Thälmann-Ehrenmal von Rittersgrün erinnert nunmehr an die KZ-Opfer des Todesmarsches durch das Erzgebirge im April 1945.

Ortsvorsteher Klaus Welter sprach der anwesenden Frau Christine Schmidt aus Freiberg seinen Dank aus. War sie es doch, die schon vor Jahren den ersten Anstoß zur Schaffung einer derartigen Gedenkstätte in Rittersgrün gab. Zudem erforschte sie die Geschichte des Marsches und stellte dem Ort Rittersgrün Material darüber zur Verfügung, was die Schaffung der Gedenkstätte erleichterte. Abschließend sagte Welter, Ernst Thälmann sei trotz der Umgestaltung der Gedenkstätte nicht vergessen. Auf der Texttafel zur Gedenkstätte ist er bei der Geschichte des Denkmals weiterhin genannt, und ein Foto des Denkmals mit den einstigen Inschriften sei gleichfalls angebracht.

»Möge die in wahrer Gemeinschaftsarbeit vieler Rittersgrüner umgestaltete Gedenkstätte allzeit ihren Zweck und ihr Anliegen erfüllen und in Verantwortung aller Bürger des Ortes erhalten und gepflegt werden.« Nach der Enthüllung des Denkmals und der Texttafel legten viele der Anwesenden Blumengebinde nieder und verharrten in ehrenvollem Gedenken.

Jetzt, einen Monat nach der Einweihung der Gedenkstätte, kann festgestellt werden: Viele Touristen, Durchreisende und Gäste Rittersgrüns machen an der Gedenkstätte halt und informieren sich über das Geschehene. Und die meisten dieser Bürger erfahren dadurch von Dingen, die ihnen bisher unbekannt waren. Und dies ist auch ein Anliegen der Gedenkstätte.

K.W.

Überfall auf Kulturfest

(Fortsetzung von Seite 15)

Am Nachmittag des 18. Juni führte ein breites Bündnis aus der LINKEN, SPD, Gewerkschaften, Bürgerbündnissen und Antifagruppen eine spontane Demonstration in der Innenstadt von Greiz durch. Mit Flyern und einem Redebeitrag vom Aktionsbündnis Gera gegen Rechts wurde über den Überfall vom Vortage informiert und das Verhalten der Thüringer Polizei scharf kritisiert. Viele der Teilnehmer vertraten die Meinung, dass die NPD als die »Speerspitze« der Rechten endlich verboten werden sollte. Sie wandten sich gegen das Schema vom Rechts- und Linksextremismus, das im konkreten Vorgang in keiner Weise funktioniert, um Ursachen und Verlauf zu erklären.

Peter Geyer

V.i.S.d.P.: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de